Einzelpreis 30 Pfg. • 4. Jahrgang

Sonnabend, 8. Oktober 1921

Nummer 472 • Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 23.—, für das übrige Ausland M. 30.—.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die neungespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 6.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Mieter- und Stadtverordnetenwahlen

Wen wählen die Mieter?

Die seit Beendigung des Krieges bestehende Wohnungsnot steigert sich mit jedem Tage. Eine große Anzahl von Wohnungsuchenden ist seit Jahren bei den Wohnungsämtern als dringlich vorgemerkt. Auf legalem Wege kommt aber fast keiner zu einer Wohnung.

Diese Zustände sind allen leitenden und verantwortlichen Instanzen gut bekannt. Aber bisher ist nichts Ernstliches geschehen, um der herrschenden Wohnungsnot abzuhelfen. Im Gegenteil, es gibt noch Kreise, die aus dieser Not Kapital schlagen wollen. **Die Hausbesitzer wollen den Notstand der Mieter benutzen, um ihre Wohnungen an die Meistbietenden zu vergeben.**

Die Hausbesitzer hoffen auf einen baldigen Erfolg ihrer Bestrebungen auf Beseitigung des dürftigen Mieterschutzes. Ebenso die bürgerlichen Parteien. Würde das gelingen, so wäre es den Hausbesitzern nicht schwer, die bisher zurückgestellten notwendigen

Reparaturen auf Kosten der Mieter

vorzunehmen. Die Beseitigung des Mieterschutzes hätte für die Mieter die schwersten Folgen: mindestens Verzehnfachung der Friedensmiete würde eintreten. Alle Kosten für Wohnungsinstandsetzungen müßten die Mieter tragen. Auch mit allen anderen Ausgaben würde man die Mieter belasten. Gleichzeitig mit dem Mieterschutz würde auch jede Rationierung der Wohnungen beseitigt werden. Für die minderbemittelte Bevölkerung würde das eine unerträgliche Belastung bedeuten. Kinderreiche Familien würden überhaupt keine Wohnungen erhalten. Dagegen könnten die Kriegs- und Revolutionsgewinnler in noch weit stärkerem Maße wie bisher Riesenwohnungen für wenige Personen benutzen.

Die Gefahr, daß die Hausbesitzer mit ihrem Kampf um die Freigabe der Wohnungswirtschaft Erfolg haben, darf nicht unterschätzt werden. **Sie finden die Unterstützung aller bürgerlichen Parteien.** Erst vor einigen Tagen beschloß der Reichstagsausschuß für das Wohnungswesen auf Antrag der Deutschen Volkspartei:

> Der Wohnungsausschuß des Reichstags erkennt an, daß die Rechtslage der Hausbesitzer sie unter der Wirkung langfristiger Mietverträge als besonders schwer benachteiligt erscheinen läßt. Es muß baldigst ein Notgesetz geschaffen werden, wonach die Mietseinigungsämter angehalten werden, die steigenden Lasten des Hausbesitzes auch bei langfristigen Verträgen angemessen zu verteilen.

Auch in der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben die bürgerlichen Parteien immer nur Interesse für die Forderungen der Hausbesitzer gezeigt. Die Mietzuschläge waren ihnen stets zu gering. Für die „notleidenden" Hausbesitzer bringt die bürgerliche Presse täglich spaltenlange Artikel,

für die notleidenden Mieter hat sie kein Interesse.

Wenn wir auch nicht verkennen wollen, daß gewissenhafte Hausbesitzer, die ihre Pflicht gegenüber den Mietern erfüllen, durch die allgemeine Verteuerung ebenfalls betroffen werden, so ist diese Belastung doch im Vergleich zu den Lasten, die den Mietern zugemutet werden, gering. Es kann nicht Aufgabe der Mieter sein, die Hausbesitzer, die fast allgemein doch nur Verwalter der Hypothekengläubiger sind, den durch die Markentwertung hervorgerufenen Verlust zu ersetzen. So wenig wie der Unmenge von kleinen Spargutinhabern eine Entschädigung gegeben wird, kann den Anteilhabern der Hausbesitzer durch die Mieter eine solche Entschädigung gewährt werden. Sie sind am allerwenigsten dazu in der Lage, da sie durch die Geldentwertung am stärksten der Verelendung ausgesetzt sind.

Durch ein solches Entgegenkommen der gesetzgebenden Behörden würde auch die bestehende Wohnungsnot nicht im geringsten gelindert, nicht eine einzige Wohnung würde damit mehr geschaffen werden. Dem Wohnungselend ist nicht mit irgendwelchen kleinlichen Mitteln beizukommen. Abhilfe kann nur geschaffen werden durch ein großzügiges Bauprogramm, das sehr schnell in die Tat umgesetzt werden muß. Ein solches Bauprogramm ist in gemeinsamer Arbeit unserer Partei, der Gewerkschaften sowie der Rechtssozialisten aufgestellt worden. Es ist der einzige Weg, die bestehende Wohnungsnot für immer zu beseitigen. **Trotzdem haben es alle bürgerlichen Parteien bekämpft.** In diesem Programm verlangen wir eine

planmäßige Organisation des Wohnungs- und Siedlungswesens.

Durch einheitliche Beschaffung der Baustoffe, die von einer gemeinwirtschaftlichen Baugesellschaft mit Unterstützung der Allgemeinheit für den Bau von Kleinwohnungen zu verwenden sind, sollen alle Ueber- und Zwischengewinne ausgeschaltet und auf diese Weise für eine große Anzahl Kleinwohnungen beschafft werden, die in dem gemeinwirtschaftlichen Besitz verbleiben. Auch eine verschärfte Erfassung und Verteilung des verfügbaren Wohnraumes wird verlangt. Ferner wird gefordert, daß Reich und Staat ausreichende Baukostenzuschüsse für Neubauten, Umbauten von Notwohnungen leisten.

Die Wohnungsfrage kann heute erfolgreich nur auf gemeinwirtschaftlichem Wege gelöst werden. Das aber wollen die bürgerlichen Parteien nicht. Die Stadt Berlin muß aber auf diesem Gebiete vorangehen, weil die Wohnungsnot hier am stärksten ist. **Von den bürgerlichen Parteien ist eine Unterstützung der Forderungen der Mieter nicht zu erwarten, da sie sich nur als Vertreter der Hausbesitzer fühlen und daher nur deren einseitiges Profitinteresse wahrnehmen.** Wollen die Mieter den neuen Raubzug auf ihre Taschen abwehren, wollen sie eine wirksame Bekämpfung der die arbeitende Bevölkerung heimsuchenden Tuberkulose, wollen sie anstatt in Baracken in menschenwürdigen Wohnungen leben, dann müssen sie sich für die Durchführung des von uns geforderten Bauprogramms einsetzen. Die Mieter müssen dem Kampf der bürgerlichen Parteien um die Macht in der Gemeinde Berlin wirksam entgegentreten, sie müssen alles daransetzen, den sozialistischen Einfluß in der Gemeinde zu verstärken. **Die Mieter sind daher in ihrem eigenen Interesse gezwungen, unter allen Umständen darauf hinzuarbeiten, daß der Einfluß der U. S. P. D. auf die Gemeindepolitik verstärkt wird. Darum müssen alle Mieter und ihre Angehörigen am 16. Oktober bei der Stadtverordnetenwahl stimmen für die**

Liste der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Eine zeitgemäße Erinnerung

Wie das deutsche Heer erdolcht wurde

> Wenn davon gesprochen wird, daß in jenen entscheidenden Stunden die Nerven versagt hätten, so muß ich der Wahrheit entsprechend sagen, daß das nicht bei dem Parlament, sondern bei der obersten Heeresleitung der Fall gewesen ist. Die anders reden und schreiben, betrügen das deutsche Volk.
>
> Stresemann am 13. Oktober 1918.

Vor drei Jahren erlebte das deutsche Volk aufgeregte Stunden. Die deutsche Regierung hatte, gedrängt durch die Oberste Heeresleitung, an den Präsidenten der Vereinigten Staaten das Ersuchen gerichtet, die sofortige Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen. Dieses plötzliche Friedensangebot rief die Ueberraschung der gesamten Welt hervor, und am stärksten war die Aufregung naturgemäß in Deutschland. Vier Jahre lang war dem Volke vorgeredet worden, ein endgültiger Sieg Deutschlands über seine Gegner stehe außer jedem Zweifel. Die breiten Volksmassen, durch eine unter der Fuchtel der Zensur stehenden und obendrein noch seilen Presse systematisch belogen, hatten von den wirklichen Verhältnissen an der Front keine Ahnung. Die Oberste Heeresleitung log die Fochsche Reservearmee weg, verheimlichte. Die riesigen Verluste an Waffen und Menschenmaterial, verschwieg, daß sich das deutsche Heer seit Mitte Juli im unaufhaltsamen Rückzuge befand und redete auch den zivilen Regierungsstellen vor, das deutsche Heer befände sich trotz einiger Rückschläge noch immer in der günstigen Lage. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien, die mit Begeisterung jeden Gamaschenknopf anstarrten, schalteten ihr eigenes Denken aus und vertrauten blindlings dem Genie der „großen" Heerführer. Noch im Oktober 1918 erließ der freikonservative Parteivorstand eine Kundgebung, in der es hieß:

> **„Es steht gut mit uns. Weit auf feindlichem Gebiet voraus, die teure heimatliche Flur gesichert, Munition und Proviant in ausreichender Menge, geordnet und wohlgegründet unsere Finanzen, die herrliche Wehr zu Lande und zu Wasser ungebrochen — sagt selbst, würdet ihr mit dem Feinde tauschen?"**

Eine Dokumentensammlung, erschienen unter dem Titel „Die Vorgeschichte des Waffenstillstandes", gibt uns über die verschiedenen Stadien des Zusammenbruchs, die vom Oktober 1918 ab rasch aufeinander folgten, klare Auskunft. Es ist wertvoll, daß das „Berliner Tageblatt" gerade jetzt an diese Dokumente erinnert, die eigentlich immer wieder ans Licht der Oeffentlichkeit gestellt werden müßten, um auch dem Dümmsten endlich klar zu machen, wer den Zusammenbruch verschuldet hat und wie verlogen die deutschnationale Lüge über den angeblichen Dolchstoß der Heimat ist.

Lassen wir kurz die Tatsachen folgen. Mitte Juli 1918 erklärte General Ludendorff auf eine Frage des Staatssekretärs v. Hintze, ob er sicher sei, mit der Juli-Offensive den Feind entscheidend zu schlagen: „Darauf antworte ich mit einem bestimmten Ja!" Aber schon vier Wochen später, bei einer Kaisersitzung in Spaa, an der auch Hindenburg und Ludendorff teilnahmen, wurde festgestellt, daß es nicht mehr möglich sei, den Krieg zu gewinnen. Es wurde die Notwendigkeit einer Verständigung mit dem Gegner ernsthaft erwogen. Immerhin rechneten Hindenburg und Ludendorff noch damit, „daß es gelingen werde, auf französischem Boden stehen zu bleiben und dadurch schließlich den Feinden unseren Willen aufzuzwingen".

Die Rechnung war falsch. Ende September brach die bulgarische Front in Mazedonien zusammen. Bulgarien schloß einen Sonderfrieden, die Türkei folgte. Oesterreich-Ungarn ging eigene Wege und drängte gleichfalls auf einen Sonderfrieden. Die Gefahr einer neuen Front von Innsbruck bis Kattowitz, gebildet durch die Heere der Entente, gestützt durch tschechoslowakischen Zustrom, rückte in greifbare Nähe. Im Westen erfolgte gegen die deutsche Front ein Hieb nach dem andern. Da richtete am 1. Oktober General Ludendorff an das Auswärtige Amt die dringende Bitte, ein Friedensangebot sofort nach Amerika abzuschicken. Heute halte die Truppe noch stand, was morgen geschehen könne, sei nicht vorauszusehen. Eine Stunde später lief ein Telegramm ein, es könne jeden Augenblick ein Durchbruch erfolgen, Ludendorff käme sich vor wie ein Hasardspieler, das Friedensangebot müsse unbedingt ergehen. Zehn Stunden später wurde berichtet, General Ludendorff verlange, daß das deutsche Angebot von Bern aus sofort nach Washington weitergegeben werden müsse. 48 Stunden könne die Armee nicht mehr warten.

Die deutsche Regierung zögerte aus politischen Gründen noch immer mit der Absendung des Friedensangebots. Am 2. Oktober hielt der Vertreter der Obersten Heeresleitung, Major von den Bussche, vor den Parteiführern des Reichstages einen Vortrag über die Lage. Er stützte sich auf die schriftlichen Aufzeichnungen, die Ludendorff entworfen hatte. Der alte Heldensinn der Truppen, so hieß es, sei nicht gebrochen. Aber zwei Tatsachen seien für den unglücklichen Ausgang des Krieges verantwortlich: 1. die Tanks, die der Gegner in unerwartet großen Mengen einsetzte und denen

Triumph der Politik von Amsterdam

Paris, 8. Oktober.

Ueber das Abkommen von Wiesbaden schreibt der Abg. Blum im „Populaire", das Abkommen sei nicht nur das erste Anzeichen für eine Entspannung zwischen Frankreich und Deutschland, sondern auch der erste Triumph der Politik von Amsterdam.

Eine Erklärung Rathenaus

TU. Paris, 8. Oktober.

Rathenau hat in Wiesbaden dem Sonderkorrespondenten des „Matin" eine Erklärung abgegeben, die vom Minister geschrieben und unterzeichnet worden ist. In der Erklärung heißt es: Die Konvention von Wiesbaden ist ein Abkommen, das durch **den freien guten Willen Deutschlands** zustande kam. Deutschland sieht den Willen Frankreichs, den Wiederaufbau in friedlicher Weise herbeizuführen. Es bedeutet dies einen Gewinn der internationalen Zusammenarbeit und ist zugleich **ein Symptom des allgemeinen Wiederaufbaues.** Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf Frankreich einer finanziellen Vereinbarung, die ihm gestattet, die Arbeiten innerhalb der Periode von vier Jahren durchzuführen. Deutschland hat mit dem Abkommen ein Opfer gebracht, das um so größer ist, als Deutschland keine Finanzmacht besitzt. **Es hat dieses Opfer gebracht, um der Welt zu zeigen, daß es ein Maximum von Anstrengung machen will, um die Lage in Europa zu verbessern.**

Die Lage in Westungarn

Wien, 7. Oktober.

Die von Budapest in einem amtlichen Communiqué verbreitete Nachricht, daß die internationale Generalmission in Oedenburg an die Botschafterkonferenz berichtet habe, Ungarn hätte durch die Unterzeichnung des Uebergabeprotokolls den Friedensvertrag erfüllt, entspricht, wie der Politischen Korrespondenz von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, nicht den Tatsachen.

Die italienische Vermittlungsaktion

Die Wiener Politische Korrespondenz meldet: Die Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens haben der österreichischen Regierung die amtliche Mitteilung gemacht, daß der italienische Minister des Aeußern der Botschafterkonferenz Vorschläge unterbreitete, an einem noch zu bestimmenden Tage und an einem noch zu bestimmenden Ort je einen österreichischen und ungarischen Bevollmächtigten einzuladen, um unter seinem Vorsitz die burgenländische Frage zu behandeln. Diesem Vorschlag hat die Botschafterkonferenz zugestimmt.

Seit dem Zeitpunkt, wo zum ersten Male die Anregung einer Vermittlung erfolgt ist, hat sich durch die bekannten Ereignisse im Burgenland die Lage für Verhandlungen allerdings noch weit ungünstiger gestaltet. **Oesterreich muß daher um so mehr an dem Standpunkte einer effektiven Durchführung des Friedensvertrages und einer tatsächlichen Uebergabe des Burgenlandes festhalten und muß, da die in Oesterreich bereits erfolgte Durchführung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages ein aktives Eingreifen Oesterreichs nicht gestattet, es der Entente überlassen, hierfür die geeigneten Mittel und Wege zu finden.** Aus diesen Erwägungen heraus hat die österreichische Regierung, da die Entente diese Konferenz als ein geeignetes Mittel ansieht, den Gesandten der Ententemächte geantwortet, **daß sie der Einladung Folge leisten werde.** Als Vertreter Oesterreichs wird der Bundeskanzler und Leiter des Ministeriums des Aeußern Schober an der Konferenz teilnehmen.

Die Einbringung einer Vorlage über Rückerstattung der an der Sanktionszollinie geleisteten Gebühren und Zölle fordert ein deutsch-volksparteilicher Antrag. Die Regierung wird aber, wie uns auf Anfrage mitgeteilt wird, eine solche Vorlage nicht einbringen und auch alle Sanktionszölle nicht aus Reichsmitteln ersetzen.

die Nerven der deutschen Soldaten nicht mehr gewachsen waren; 2. die schlechte Ersatzlage. Die Bataillonsstärke, die im April 800 Mann betrug, war auf 540 Mann im September herabgesunken. Wohl ließe sich, so hieß es weiter, die Stärke einmalig um hundert Köpfe erhöhen. Dann aber sei die letzte Menschenreserve verbraucht. Während der Gegner durch die amerikanische Hilfe seine Verluste ersetzen könne, sei der Ausbau der deutschen Kampfdivisionen kaum noch durchführbar.

Von einem Versagen der Truppe, hervorgerufen durch die „Hetze der Heimat", wird also mit keinem Worte gesprochen. Es sind rein strategische Gründe, die die Oberste Heeresleitung zwingen, auf den sofortigen Frieden zu dringen. Die Regierung schwankte. Sie hielt das plötzliche Friedensangebot politisch für unklug. Am 3. Oktober richtete der neue Reichskanzler Prinz Max von Baden an die Oberste Heeresleitung fünf präzise Fragen. Er verlangte Auskunft darüber, ob die militärische Lage tatsächlich so kritisch sei, daß sofort eine Aktion mit dem Ziel: Waffenstillstand und Friede eingeleitet werden müsse. Die Oberste Heeresleitung wurde gefragt, ob sie sich bewußt sei, daß die Einleitung einer Friedensaktion, unter dem Druck der militärischen Zwangslage, zum Verlust deutscher Kolonien und deutschen Gebiets führen müsse. Ludendorff ließ antworten:

„Die Lage verschärft sich täglich und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen. Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu sparen. **Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.**"

Der deutschen Regierung blieb nach dieser Darstellung kein anderer Ausweg übrig. Unter dem Druck der Obersten Heeresleitung schickte sie am 3. Oktober das Friedensangebot an Wilson hinaus. Der Regierung ist später zum Vorwurf gemacht worden, daß sie bei diesem Angebot an die bekannten 14 Punkte Wilsons angeknüpft habe. Jetzt weist das „Berliner Tageblatt" darauf hin, daß es die Oberste Heeresleitung war, die die 14 Punkte als geeignete Grundlage für Verhandlungen ansah, und daß kein geringerer wie der Oberst Bauer die Anregung dazu gegeben hatte.

Was weiter folgte, ist bekannt. Dem Volke fiel es wie Schuppen von den Augen, es erkannte, daß es belogen und betrogen war. Ludendorff machte sich Ende Oktober 1918 aus dem Staube, er floh nach Schweden. Die Heere der Alliierten marschierten weiter vor, am 10. November wurde der Waffenstillstand unterzeichnet, um der nahe bevorstehenden Katastrophe zu entgehen. Erzberger unterzeichnete, ermuntert durch Hindenburg, der ihn sagen ließ, er solle in neun Punkten den Versuch machen, die Waffenstillstandsbedingungen zu erleichtern. „Gelingt die Durchsetzung nicht, dann ist trotzdem abzuschließen."

Das sind die Tatsachen über den Zusammenbruch. Die Verantwortlichen und Schuldigen sind jene Kreise, die heute danach drängen, erneut zur Macht zu gelangen und die ihre Verbrechen durch eine große Lüge zu verbergen trachten.

Dominicus und die Orgesch

Eine Interpellation bei der U. S. P. D. im Landtag

Die Genossen Leid und Rabold haben im Preußischen Landtag folgende Interpellation eingebracht:

Der frühere Polizeipräsident von Breslau, Regierungsrat Dr. Liebermann, hat den „Heimatschutzverband verfassungstreuer Schlesier", einer verbotenen militärischen Organisation, in einem streng vertraulichen Schreiben den Rat erteilt, die Satzungen zu ändern, um der drohenden Auflösung zu entgehen.

Die Warnung erfolgte auf Grund einer telegraphischen Anweisung des preußischen Ministers des Innern vom 14. Juli 1921, in der es heißt:

„Ersuche mit Bezug auf Bericht vom 7. Juli 3 5305 durch Polizeipräsident **schleunigst auf Heimatschutzverband einzuwirken,** daß er die am 23. Juni vollzogene völlige Lösung der Verbindung mit der früheren Organisation Escherich auch dadurch zum deutlichen Ausdruck bringe, **daß er seine bereits ausgesprochene Absicht, seine Satzungen zu ändern und insbesondere das Selbstschutzprinzip fallen zu lassen,** schleunigst ausführt, damit klare Verhältnisse schafft und so das etwa noch vorhandene politische Mißtrauen gegen ihn beseitigt."

Hält es das Staatsministerium mit den Pflichten eines Ministers für vereinbar, eine ungesetzliche Organisation warnen zu lassen, statt sie, wie es Vorschrift ist und den Lebensinteressen der Republik entspricht, durch Auflösung unschädlich zu machen?

Ist das Staatsministerium bereit, darüber Aufklärung zu geben, ob es gewillt ist, auch der Arbeiterschaft bei der Gründung von Organisationen zur bewaffneten Abwehr gegenrevolutionärer Bestrebungen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, um auch solchen Organisationen die Gesetzlichkeit zu sichern?

Wie wählt ein Demokrat?

Die Antwort auf diese Frage hat die „Berliner Volkszeitung" am 9. August gegeben. Sie schrieb:

„Für Demokraten — wir wiederholen es — darf **es keine Fronteinstellung mit der Reaktion geben, unter welchem Namen und mit welcher Parole sie auch immer hervortritt. Der Kampf der Demokratie geht jetzt nach rechts.** Das demokratische Prinzip läßt keine Deutung zu, die es ermöglichte, mit den Feinden der Verfassung, mit Monarchisten, Kappisten, Antisemiten, Schwerindustriellen, Kriegshetzern, Kriegsverlängerern und Revanchepolitikern unter dem Symbole „Antisozialismus" in einer Reihe zu stehen."

Bei der Stadtverordnetenwahl aber kämpfen die Demokraten gemeinsam mit den Deutschnationalen, den Deutschsozialen — also den wütendsten Antisemiten — ausschließlich gegen links. **Deshalb wählen alle wahrhaften Demokraten am 16. Oktober die Kandidaten der**

Unabhängigen Sozialdemokratie

Die Eisenbahner und der Beamtenbund

Unserer Veröffentlichung der Resolution in einer Versammlung der Beamtenräte des Deutschen Eisenbahnerverbandes in Dresden, die sich gegen den Deutschen Beamtenbund richtet, müssen wir heute schon eine ähnliche Stimme hinzufügen. Die Beamtenfunktionäre und Beamtenräte im Bezirk Berlin des Deutschen Eisenbahnerverbandes haben sich in gleicher Weise ausgesprochen. Auch sie wenden sich gegen die merkwürdige Art der Auffassung des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften, die in Görlitz zutage getreten ist, und die sich der Vorstand des A. D. G. B. in seiner bekannten Zuschrift an den „Vorwärts" zu eigen gemacht hatte. Die Kundgebung der Berliner Beamtenräte lautet:

„Die Beamtenfunktionäre und Beamtenräte des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, Bezirk Berlin, erheben schärfsten Protest gegen die **offensichtliche Protektion des Deutschen Beamtenbundes durch den A. D. G. B.** Sie erklären folgendes:

Der im „Vorwärts" Nr. 450 vom 29. 9. 1921 unter „Gewerkschaftsbewegung" veröffentlichte Artikel „Partei und Gewerkschaften" nimmt besonders in seinem letzten Satze den Beamtenfunktionären jede Möglichkeit, **sich im Sinne der freien Gewerkschaften zu betätigen** und zerstört alles, was in jahrelangem, zähen Ringen, oft unter den schwersten persönlichen Opfern, geschaffen wurde.

Der Zweck, den der Bundesvorstand verfolgt, kann nie erreicht werden, weil **das reaktionäre Element in diesem Bunde zu stark und ausschlaggebend** ist. Täglich müssen wir es erleben, daß Funktionäre des Deutschen Beamtenbundes, unter Betonung ihrer sozialistischen Gesinnung und der Parteizugehörigkeit, uns als Kollegen bis aufs Messer bekämpfen und mit dem Argument, daß sogenannte Arbeitergewerkschaften nie die Interessen der Beamten vertreten können, jede Werbearbeit für die freien Gewerkschaften und damit auch für den Sozialismus unmöglich zu machen versuchen. **Das ist der Einfluß dieser sogenannten neutralen Beamtengewerkschaften.**

Wenn man sieht, daß es eine Spitzenorganisation fertig bekommt, **die schlimmsten Feinde der ihr angeschlossenen Gewerkschaften zu stärken,** so steigt einem die Schamröte ins Gesicht. Man fragt sich unwillkürlich, ob die Ursache eines solchen Verhaltens Böswilligkeit oder Unkenntnis der Organisationsverhältnisse der Eisenbahnbeamten ist.

Die Unterzeichneten erklären, daß sie die Ueberzeugung haben, als Eisenbahnbeamte im Deutschen Eisenbahner-Verband gut aufgehoben zu sein und daß sie auch weiter bemüht sein werden, diese Erkenntnis weitesten Kreisen der Beamtenschaft zugänglich zu machen. Nach wie vor fühlen sie sich als Pioniere der **freigewerkschaftlichen Bewegung.** Hand in Hand mit ihren Kampfgenossen, den Eisenbahnarbeitern, werden sie auch weiterhin bemüht bleiben, die noch abseits stehenden Kollegen davon zu überzeugen, daß nur eine starke Einheitsorganisation in der Lage ist, ihre wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse besser zu gestalten und daß der Weg zu einem menschenwürdigen Dasein nur durch freie Gewerkschaft und über Sozialismus führt."

Zu der ganzen Angelegenheit — dem Versuch zu einer Kartellbildung mit dem Deutschen Beamtenbund und der Haltung der rechtssozialistisch organisierten Beamten zu den verschiedenen Gewerkschaftsgruppen — ist noch nachzutragen, daß die Zentralvorstände des Transportarbeiter- und des Eisenbahnerverbandes eine Erklärung zu den mehrfach erwähnten Darlegungen des Bundesvorstandes abgegeben haben. Die Erklärung stellt zunächst fest, daß wohl Verhandlungen über einen Kartellvertrag der Spitzenorganisationen bestehen, daß der Vertrag selbst aber noch nicht zustande gekommen ist. Dann fährt die Erklärung fort:

„Es ist aber nicht richtig, daraus die Folgerung zu ziehen, daß die Verpflichtung, sich den Gewerkschaften anzuschließen, die dem A. D. G. B. oder dem AfA-Bund angehören, nur den Arbeitern und den Angestellten, nicht aber den Beamten auferlegt werden kann. Für die Beamten des Verkehrswesens, insbesondere der Eisenbahn und der Post, besteht vielmehr, **solange eine andere Vereinbarung nicht getroffen wird, die Pflicht,** sich den Gewerkschaften anzuschließen, die durch Beschluß der zuständigen Gewerkschaftsinstanzen als deren Interessenvertretung anerkannt worden sind. Für das Eisenbahnpersonal (Arbeiter und Beamte) ist **der Deutsche Eisenbahnerverband** vom Gewerkschaftskongreß in Nürnberg als zuständige Organisation anerkannt, und für das Postpersonal ist durch Beschluß des Vorstandes des A. D. G. B. **der Deutsche Transportarbeiterverband** als zuständige Organisation erklärt worden. Es darf erwartet werden, daß diese Beschlüsse auch vom Vorstand des A. D. G. B. solange beachtet werden, bis die zuständigen Instanzen andere Entscheidungen fällen."

Daraus ergibt sich von neuem, daß die Gegensätze zwischen den freigewerkschaftlich organisierten Beamten und den Mitgliedern und Leitern der Verbände des Deutschen Beamtenbundes noch sehr tief sind. Eine Kartellverbindung zwischen dem A. D. G. B. und dem Deutschen Beamtenbund erscheint uns daher nicht möglich, ohne diese Gegensätze zu berücksichtigen. Die freien Gewerkschaften, die Beamte zu ihren Mitgliedern zählen, sind innerhalb des A. D. G. B. in der Minderheit. Darum kann ein Vertrag mit dem Deutschen Beamtenbund nicht durch einen **Mehrheitsbeschluß des A. D. G. B.** zustande kommen. Ein solcher Mehrheitsbeschluß wäre die Ueberstimmung jener unmittelbar interessierten freien Gewerkschaften, eine Vergewaltigung, aus der die unerquicklichsten Zustände erwachsen müßten. So wichtig auch uns jene von der Dreisäulen-Theorie ausgehende Kartellverbindung erscheint, so notwendig erscheint es uns gleichzeitig, daß bei den Verhandlungen dazu **vor allem die Vorstände des Transportarbeiter- und Eisenbahnerverbandes herangezogen werden.**

Die Hilfskonferenz für Rußland

Brüssel, 7. Oktober.

Die Internationale Hilfskonferenz für Rußland wandte sich heute der Frage zu, ob, da private Initiative unzureichend, eventuell einzelne Regierungen anzugehen seien. Bei der Aussprache darüber fragte man nach den materiellen und moralischen Garantien, deren es für solche Kredite bedarf. **Alle Teilnehmer waren einstimmig der Meinung, daß von irgendeiner Einmischung in die innere russische Politik keine Rede sein könne.** Dann prüfte die Konferenz die Frage, ob die Anerkennung der von früheren russischen Regierungen kontrahierten Schulden eine Vorbedingung für die Bewilligung von Krediten sein müsse.

Der deutsche Vertreter erklärte, **daß die finanzielle Lage Deutschlands eine Beteiligung an der künftigen Kreditaktion für Rußland nicht zulasse.**

Parteibildungsarbeit

Die Arbeiterbildungsschule der U. S. P. hütet einen wertvollen Besitz der Berliner Arbeiterbewegung: die Tradition der von Wilhelm Liebknecht vor mehr als 30 Jahren gegründete Arbeiterschule. Sie bestand jahrzehntelang unter dem Namen „Arbeiterbildungsschule" als selbständiges und unabhängiges Vereinsunternehmen eines verhältnismäßig kleinen Kreises von tatkräftigen Kämpfern aus den Reihen des Berliner Proletariats. Mit Fleiß, Mühe und unter Opfern führten die beteiligten Genossen die Schule durch Stürme und Schwierigkeiten. 1914 wurde die A.-B.-S. dem Bildungswesen der Parteiorganisation Berlins angeschlossen, und die Partei hielt nun alle Bedrängnisse der Kriegszeit, die nach dem Waffenstillstand nicht geringer wurden, von dem Bildungsinstitut der sozialistischen Arbeiterschaft fern. Mit dem Zeitpunkt der Gründung der U. S. P. übernahm sie die Schule und damit die Sorge um ihr Fortbestehen. Sie hielt treu, was sie damit versprochen hatte. Auch die Gefahren, die aus der neuen, kommunistischen Spaltung entstanden, von der unsere Partei heimgesucht wurde, konnte abgewehrt werden. Immer waren wir uns bewußt, daß es der Wille des unvergeßlichen Alten war, des Gründers der Schule, den wir zu vollstrecken hatten.

Aber oft mußte der Umfang der Schultätigkeit auf ein Mindestmaß heruntergesetzt werden, das kläglich erschien. Schmerzbewegt standen die Freunde der Schule mehrmals vor der Gefahr der Schließung. Aber immer wieder fanden sich Auswege und Mittel, um den letzten schweren Schritt zu vermeiden. Und jetzt tritt die Arbeiterbildungsschule seit Jahren zum ersten Male wieder mit einem umfangreichen Programm hervor, das des früheren Lebens der Schule würdig ist.

Die Arbeiterbildungsschule wendet sich jetzt völlig der Aufgabe zu, den Berliner Arbeitern das zur Führung ihres politischen Kampfes unmittelbar nützliche Wissen zu vermitteln. Sie glaubt damit am besten die Abgrenzung gegenüber der Betriebsräteschule und Volkshochschule zu wahren und gegenseitige Störungen sowie die Wiederholung einer gleichgerichteten Tätigkeit an verschiedenen Stellen zu vermeiden. Sie will aber auch ihre ganzen Kräfte ungeschmälert durch Nebenzwecke der besonderen politisch-wissenschaftlichen Schulung der Arbeiterschaft zur Verfügung halten. Es kommt darauf an, daß wir die Fähigkeit erwerben, den ökonomischen und sozialen Untergrund politischen Geschehens zu erkennen und die gesellschaftlichen Kräfte und Gegenkräfte abzuschätzen, die im politischen Tageskampf einander gegenübertreten.

Diesem Zweck dienen einige Kurse über die Volkswirtschaft und Staatswirtschaft der Gegenwart. Ein weiterer Kursus: „Der Marxismus in der Praxis" wird zeigen, wie die Arbeiterklasse ihren eigenen Kampf gegen die anderen in der Gesellschaft lebendigen Mächte führt. Die Beziehungen zwischen Staat, Gesellschaft und Wirtschaft werden bei der Arbeit in den Kursen untersucht, die Wissenschaft soll zum Mittel des politischen Kampfes der Arbeiterklasse erhoben werden. Der volkswirtschaftliche Kursus, den wir schon erwähnten, wird ergänzt durch eine Vortragsreihe über die ökonomischen Lehren von Karl Marx.

Dem Erziehungs- und Schulwesen, das besonders in Berlin gegenwärtig im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht, sind zwei Kurse gewidmet. Ein Kursus über das Schulprogramm unserer Partei, das allen Genossen und Genossinnen Gelegenheit geben soll, in die theoretischen Tiefen unserer Schulforderungen einzudringen. Und ein zweiter Kursus über die Schulpolitik der Gegenwart, der besonders den Elternbeiräten, Lehrern und Stadtverordneten, deren Aufgabe es ist, unsere Schulforderungen im Tageskampf zu vertreten, die Möglichkeit zur Aussprache und Verständigung über ein in der Idee gemeinsames Handeln geben soll.

So bietet der Gesamtplan, dessen Einzelheiten in den nächsten Tagen in der „Freiheit" veröffentlicht werden, ein abgerundetes Ganzes, dessen einzelne Teile jedoch völlig selbständig für sich bestehen. Jeder Kursus kann mit Nutzen einzeln gehört werden. Der Plan bildet zugleich einen Anfang auf dem Arbeitsgebiet, das unsere Schule zu ihrem eigenen machen will. Aus den Arbeiten in den Kursen sollen die Lehrpläne künftiger Schulperioden organisch herauswachsen. Hörer und Lehrer werden sich in gemeinsamer Arbeit begegnen, und aus dem Bedürfnis eines gemeinschaftlichen Strebens sollen die ferneren Lehrpläne gestaltet werden.

So wird ein gemeinschaftliches Vorwärtsschreiten angebahnt. Die Arbeiterbildungsschule wird zum Mittelpunkt aller geistig Strebenden unter der Berliner Arbeiterschaft, zum zentralen Bildungsinstitut. Von der Arbeiterschaft aus ihrem eigenen Geist geschaffen, wird sie Waffe im politischen Kampfe der Arbeiterklasse und zugleich ein Stück eigener Kultur des Proletariats sein.

„Tosca" (Erstaufführung in der Staatsoper). Puccinis innerlichste Kraft ist edle Sentimentalität, die voll südlicher Weichheit der melodischen Linie in „Bohème" erschüttert und in „Madame Butterfly" zu glückseliger Traurigkeit fortreift. In den zarten Gefühlsintervallen seiner schöpferischen Eigenart, getragen von einschmeichelndem persönlichen Rhythmus, lebt bezwingende Dramatik. Darum wirkt der wagnernde Effekt in „Tosca", der ein undurchgeistigtes Mittel bleibt in der lärmenden Art der Blechbläser- und Schlagzeugbehandlung, so grell und unwahr. Und doch hält die musikalische Spannkraft alle Nerven in Vibration und peitscht die Handlung zu fieberndem Erlebnis.

Organ ist Voraussetzung bei jeder Puccinischen Oper. Darstellung und Interpretation bestimmen das kulturelle Niveau. Vera Schwarz als Tosca entstellte schauspielerisch Triebkraft und Affekt durch naturalistische Hysterie, was keineswegs ohne Rückschlag auf die gesangliche Phrasierung blieb. An lyrischen Stellen wuchs sie zu innerlicher Größe, ohne ein gleichwertiges Pendant zu Robert Hutt zu bilden, der mit nibelungenhafter Männlichkeit (fast revolutionär) im Vollbesitz seiner stimmlichen Mittel die Rolle des Caravadossi verkörperte. Karl Armster gab einen physiognomielosen Scarpia ab, voll quellendem Bel canto. Gewaltiges holte Leo Blech aus dem Orchester heraus; im Widerspruch zu dem gesunden Kern seiner Auffassung stand das verzerrte Cellosolo (im letzten Akt), das doch scheinbar mit seiner Einwilligung so schmachtend gewimmert wurde. F. W.

Nach dem Musikfest in Rudolstadt

24. — 25. September.

Von **Erwin Lendvai**

Die kleine Residenz Rudolstadt hält ihren Sonntagnachmittagsschlaf. Spitzwegisch, romantisch und biedertreuherzig veranlagt, reagiert sie nur noch auf Altes, Längstverschwundenes und ist stolz auf ihre Krinoline, auf ihre Perrücke. Museumsstaub im alten Rokokoschloß auf ausgestopften Tieren ferner Zonen, ausgestopfte Militärspersonen ohne Kopf mit traurig heruntergerutschten Helmen. Alles ist nur mehr ausgestopft, — selbst Leben und Kunst sprechen nur noch von einstigen Tagen.

Immerhin gehört kein geringer Mut dazu, dieses Städtchen und seine Umgebung auf zwei Tage aufzurütteln. Dem städtischen Musikdirektor Ernst Wollong gebührt hohe Anerkennung, denn in jahrelanger, kleinlichen Widerstand nicht fürchtenden Tätigkeit, gelang es ihm, einen gemischten Chor zu tadellosen Leistungen heranzuschulen. Händels selten gehörte Oratorium-Oper sang der Chor vollkommen in der Intonation, dynamisch fein abgetönt, mit rhythmischer Schärfe und Sicherheit.

Es wurde eine Unmenge musikalischer Seltenheiten geboten. Manche Programme litten an der Ueberschätzung der Aufnahmefähigkeit. Im Mittelpunkt stand der einst große Rudolstädter Hofkapellmeister Philipp Erlebach, (er war Bachs Zeitgenosse), den heute selbst größere Musikgeschichten nicht mehr nennen; amüsant gefällte kleinere Formen, Rokokogeste von Anno dazumal. Dieses Eingangskonzert vermittelte die Bekanntschaft mit Erlebachs Nachfolger, Ch. Förster; eine sehr schöne Orchestersuite dieses Meisters verdient seine Auferstehung. Eine Morgenandacht mit Musik der Familie Bach, und vier Jahrhunderte Hausmusik in der Wiedergabe des Thielschen Madrigalchors (Berlin), und Händels Saul füllten die folgenden drei Veranstaltungen. Pro-

Der Achtstundentag in Gefahr

Wir haben gestern mitgeteilt, daß das Unternehmertum der chemischen Industrie die Bewegung in der Gegend von Höchst zum Ausgangspunkt für einen Feldzug gegen den Achtstundentag zu machen gedenkt. Diese Bewegung dieser Unternehmergruppe ist keine lokale Angelegenheit, sondern ein Bestreben der gesamten chemischen Industrie. Während die Unternehmer in Höchst und Kelsterbach im Augenblick noch von der Einführung der 56-Stundenwoche absehen und ihre Durchsetzung auf spätere Tarifverhandlungen vertagen wollen, hat das Leunawerk durch Anschlag bereits folgendes bekannt gegeben:

„Infolge Arbeitermangel wird bis auf weiteres ab Sonnabend, den 8. Oktober, die 56stündige Arbeitswoche wieder eingeführt."

Es handelt sich, wie wir wiederholen wollen, hier um Betriebe, die infolge ihrer technischen Eigenart auch an Sonn- und Festtagen fortgeführt werden müssen. Zu den sechs Werktagen, die in anderen Betrieben zusammen eine 48stündige Arbeitszeit ergeben, tritt bei ihnen der Sonntag als siebenter Arbeitstag mit gleichfalls achtstündiger Arbeitszeit hinzu. Dadurch entsteht eine Wochenarbeitszeit von 56stündiger Dauer.

Diese Freiheit in der Ausdehnung der Arbeitszeit war der Industrie durch die bestehende Verordnung über die Arbeitszeit bereits gegeben. Die 56stundenwoche wurde aber allgemein als Ausnahme angesehen. In der Arbeiterschaft machte sich auch in diesen Ausnahmebetrieben das Bestreben geltend, die 56stündige Arbeitswoche durch entsprechende Anordnung der Schichten und des Schichtwechsels auf 48 Stunden herunterzusetzen. Derartige Versuche sind vielfach mit Erfolg gemacht worden und zwar auch in der chemischen Industrie.

Anstatt diese Versuche auszunutzen und sie auf weitere Betriebe ähnlichen Charakters auszudehnen, anstatt die 48-Stundenwoche zur festen Regel zu machen, läßt der vorliegende Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter eine Arbeitszeit von 56 Stunden wiederum zu. Die chemische Industrie macht sich diesen Umstand sofort zunutze und geht mit der Einführung der 56stündigen Arbeitswoche voran. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß andere Industriezweige dem Beispiel folgen werden, denn die Zahl der Betriebe, die die Notwendigkeit des siebenten Arbeitstages nachweisen können, ist groß. Hier liegt die Gefahr vor, daß der Achtstundentag in so weitem Umfange umgangen wird, daß für die Arbeiterschaft außerordentliche Schäden hieraus entstehen müssen. Der erwähnte Gesetzentwurf, den wir bereits eingehend besprochen haben, tut seine schädlichen Wirkungen bereits im Voraus. Daraus ergibt sich für die Gewerkschaften die Notwendigkeit, diesen Streich abzuwehren und sofort in großem Umfange Vorkehrungen gegen derartige Versuche zu treffen. Eine Aeußerung der Gesamtorganisation der deutschen Gewerkschaften zu der Angelegenheit, die von grundsätzlicher Bedeutung ist, ist dringend erforderlich. Wir erwarten, daß die Spitzenkörperschaften die notwendigen Schritte bei der Regierung ohne Zögern tun werden.

*

Der amtliche preußische Pressedienst meldet: In verschiedenen Zeitungen wird ausgeführt, **daß die Leunawerke in Merseburg den Achtstundentag verletzt haben.** Dies ist eine irrige Mitteilung. Die Leunawerke haben im Februar dieses Jahres bei den Schichtarbeitern der chemischen Industrie die 48-Stundenarbeitszeit eingeführt. In allen chemischen Industrien arbeiten die Schichtarbeiter 56 Stunden. Die Leunawerke haben nun beschlossen, vom nächsten Montag ab wiederum bei den Schichtarbeitern der chemischen Industrie die 56-Stundenarbeitszeit einzuführen, die in dem Reichstarifvertrag vorgesehen ist wie in dem Entwurf zum Reichsarbeitsgesetz. An dem 8-Stundentag wird nichts geändert. Diese 56stündige Arbeitszeit gilt demnach nur für die Schichtarbeiter in der chemischen Industrie. Hiermit entfallen alle weiteren Bemerkungen der Zeitungen, die die Nachricht verbreiten, daß in dem Leunawerk der Achtstundentag durchbrochen worden sei.

Es ist durchaus nicht richtig, daß damit „alle Bemerkungen der Zeitungen entfallen". Denn es ist falsch, daß die gesamte chemische Industrie die 56-Stundenwoche eingeführt habe. Sie hatte sie im Gegenteil wieder abgeschafft, und sogar bei den Verhandlungen in Höchst ist ihre Wiedereinführung einstweilen zurückgestellt worden. Der amtliche preußische Pressedienst sollte sich hüten, derartige Falschmeldungen zu verbreiten.

Die Abstimmungen in Höchst

Höchst, 7. Oktober.

Eine heute vormittag vorgenommene **Abstimmung der Arbeiterschaft der chemischen Industrie über die Vereinbarungen der Gewerkschaftsvertreter mit dem Arbeitgeberverband** in der chemischen Industrie hat in Höchst zu keinem bestimmten Resultate geführt, da verschiedene wichtige Versammlungen unter Störungen zu leiden hatten. In Griesheim a. M. sprachen sich 1714 Arbeiter für Wiederaufnahme der Arbeit aus, 274 waren dagegen, 27 Stimmen ungültig, dort ist mit **Wiederaufnahme der Arbeit in den nächsten Tagen** zu rechnen. In Kelsterbach haben sich 64 Arbeiter für Wiederaufnahme der Arbeit ausgesprochen, 682 dagegen.

Die Stadtverordnetenversammlung in Höchst bewilligte einstimmig weitere **250 000 Mark für Unterstützung der ausgesperrten Arbeiter.**

Die Oppauer Katastrophe

Aeußerungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses

Der vom bayerischen Landtag eingesetzte parlamentarische Untersuchungsausschuß zur Feststellung der Ursache der Explosionskatastrophe in Oppau hat sich über das Explosionsunglück geäußert. Die Behauptung des Abgeordneten Remmele, es würden immer noch Sprengungen vorgenommen, wurde widerlegt. Die unversehrt gebliebenen 7000 Tonnen Ammoniaksulfatsalpeter sind jetzt durch einen Stacheldraht eingezäunt. Täglich werden dort Temperaturmessungen vorgenommen, die indessen bisher noch keine Temperaturerhöhung ergeben haben. Sollte eine solche eintreten, so wird der ganze Vorrat unter Wasser gesetzt. Wie mitgeteilt wurde, soll bei dem Abtransport des Produktes nicht mehr das Sprengverfahren, sondern das **Verfahren des Abhauens** angewendet werden. **Die Ausdehnung des viel erwähnten Explosionstrichters wird mit 96 Meter Breite, 165 Meter Länge und 18,5 Meter Tiefe angegeben.** Von den statistischen Angaben interessiert die Feststellung, **daß im ganzen 800 Neubauten nötig seien und 192 Häuser völlig eingestürzt sind.** Von den Bewohnern des Ortes sind, ausschließlich der Kinder, 1000 Personen auswärts untergebracht. Bis jetzt hat das Bürgermeisteramt zur Unterstützung der Familien und zur Hebung der Reparaturen 420 000 Mark erhalten.

Weiter beschäftigte man sich **mit der Herstellung und der chemischen Zusammensetzung des Explosionsfabrikats.** Professor Dr. Bosch berichtete über die Versuche und Arbeiten, die man im Laufe der Jahre mit dem Ammoniaksulfatsalpeter vorgenommen hat. Er erwähnte u. a., daß während des Krieges einmal eine Fliegerbombe mit einer Säureladung in das Ammoniaksulfatsalpeterlager ging, **ohne daß jedoch irgendwelche explosive Eigenschaften des Fabrikats hervorgetreten wären.** Die Direktion legte auf eine Anfrage des Abg. **Hoffmann**-Ludwigshafen dar, daß die unteren Schichten keine andere Temperatur als die oberen Schichten des Salpeters gehabt haben können. Auf die Frage des Abg. Hoffmann, ob im Kern der aufgestapelten Masse eine Zersetzung vor sich gehen konnte, antwortete Direktor Gauß, daß das vollständig ausgeschlossen sei. Spritzgehilfe **Wagener** erklärte, daß in dem Explosivstilo 110 zum erstenmal nach Einführung des Spritzverfahrens gespritzt worden sei. Aber in einem anderen Bau, Nr. 112, habe man schon länger mit dem Spritzverfahren gearbeitet, ohne daß irgendetwas Auffallendes beobachtet wurde. Arbeiterrat **Kalfuß** meinte hierzu, zwischen dem Bau 110 und dem Bau 112 bestehe aber der Unterschied, daß in dem ersteren das Material sofort eingespritzt wurde, in dem letzteren dagegen die Masse auf einer Förderbahn eingeführt wurde. **Durch den Transport des Ammoniaksulfatsalpeters könne eine verschiedenartige Beschaffenheit der Salpeterkategorie sehr wohl stattfinden.** Im Bau 112 wurde die Masse, nachdem sie in Förderwagen geschaufelt wurde, auf diesem noch etwa 100 Meter weit gefördert. Prof. Bosch beantwortete die Wahrnehmung erhöhter Temperatur in den Silos dahin, es sei zweifellos damit in Zusammenhang zu bringen, daß bei dem Spritzverfahren die Luft in den Silos feucht gewesen sei. Die Arbeitervertreter betonten noch folgendes: **Viele Arbeiter mußten während der Arbeit wegen der außerordentlich starken Gasentwicklung zum Vorarbeiter hinausgeschickt werden, weil sie Schwächeanfälle erlitten hatten.**

Spende der Sowjetregierung für Oppau

Die Berliner Vertretung der **russischen sozialistischen föderativen Sowjet-Republik** hat der Reichsregierung anläßlich der Oppauer Katastrophe ihre Teilnahme ausgesprochen und **eine Spende von 10 000 Mark übermittelt.**

Die Entscheidung über Oberschlesien

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund für die Unteilbarkeit des Industriegebiets

Kattowitz, 7. Oktober.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund sandte folgendes Telegramm an den Generalsekretär des Völkerbundsrates Drummond:

Die immer schwieriger sich gestaltende Lage, besonders in der weiterverarbeitenden und in der Bauindustrie veranlaßte die Kartellvorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der im Bezirk Oberschlesien 135000 Mitglieder umfaßt, am 6. 10. in einer Besprechung die Ursachen dieser Krisis und die Möglichkeit ihrer Beseitigung zu untersuchen. Uebereinstimmend ist man zu der Ansicht gelangt, daß die Ursachen außer in der allgemeinen europäischen Depression **in erster Linie in der Ungewißheit über das zukünftige Schicksal des Landes liegen.** Nur mit Hilfe größerer Regierungsaufträge war es bisher möglich, die oberschlesische Industrie vor dem Zusammenbruch zu bewahren, der unausbleiblich ist, wenn die Entscheidung nicht sobald wie möglich getroffen wird. Wir geben hierbei der Ueberzeugung Ausdruck, **daß die oberschlesische Industrie ein unteilbares Ganzes ist.** Eine politische Grenze in diesem Gebiet muß die Produktionsfähigkeit der Betriebe auf das Schwerste erschüttern und ihre Bestands- und Entwicklungsmöglichkeit vollkommen in Frage stellen. **Wir verlangen deshalb, die Anerkennung des Grundsatzes der Unteilbarkeit des Industriegebiets.** Diese Erkenntnis läßt sich aber nicht allein durch das Studium mehr oder minder gefärbter wirtschaftlicher Werke, durch die Vernehmung noch so hervorragender Kenner des Landes gewinnen, sie kann nur aus der eigenen Erkenntnis der Dinge geschöpft werden.

Wir richten deshalb an den hohen Völkerbundsrat die dringendste Bitte, **vor der Entscheidung über die Grenzen des Landes durch berufene Sachverständige die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu untersuchen.** Im Interesse der oberschlesischen Industrie, die ein wesentlicher Bestandteil der europäischen Wirtschaft ist, und im Interesse der oberschlesischen Arbeiterschaft erwarten wir nach dieser Untersuchung **die sofortige Entscheidung über die politische Zugehörigkeit des Landes.**

Auch am Lohnabzug wollen sie verdienen

Die abschlägige Antwort des Reichsfinanzministers wegen Vergütung für steuertechnische Arbeiten der Arbeitgeber im Interesse der Finanzämter beim Lohnabzug wird die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände zu weiteren Schritten veranlassen. Große Firmen haben angeblich jährlich mehr als 100 000 Mark Personalunkosten für die Unterhaltung ihres Steuerbureaus, die allein (?) im Interesse des Reichs als Unterfinanzämter arbeiten. Es soll festgestellt werden, ob das Reich solche Belastungen ohne Vergütung fordern darf.

Daß das Reich das darf, ist natürlich gar keine Frage.

„Notstandslokale!"

Terror der Gastwirte

Heute vormittag finden Verhandlungen mit dem Polizeipräsidenten Richter über die Notstandslokale statt. Diese Lokale sollen polizeilichen Schutz bekommen. Dazu ist folgendes zu sagen: Der Terror des Verbandes der Gastwirte nimmt nachgerade Formen an, die, wie wir bereits ausführten, den Staatsanwalt interessieren müßte. Viele Gastwirte haben die Forderungen der Streikenden bewilligt und die Verträge unterschrieben. Diese werden aber durch gewaltsamen Terror des Unternehmerverbandes verhindert, ihre Lokale zu öffnen.

Während man also einerseits verhindert, Gaststätten eröffnen zu lassen, will man andererseits „Notstandslokale" in Betrieb setzen. Diese Notstandslokale sind zudem keine Lokale, die der Not abhelfen sollen, sondern es handelt sich vielfach um Luxusstätten, wie Huth in der Potsdamer Straße, in denen das billigste Menu unter 20 M. nicht zu haben ist. Es liegt also angesichts dieser Tatsache nicht der geringste Anlaß vor, überhaupt „Notstandslokale" zu eröffnen, noch weniger diesen Betrieben polizeilichen Schutz angedeihen zu lassen. **Man unterbinde den brutalen Terror des Unternehmerverbandes und sofort werden eine Unmenge Gaststätten eröffnet werden können.**

Wir hoffen, daß Herr Richter sich nicht breitschlagen lassen und seine Schupoleute für die reaktionären Unternehmerwünsche zur Verfügung stellen wird. Im übrigen: Wo bleibt der Herr Staatsanwalt, der dieser wirtschaftlichen **Nötigung** des Verbandes der Gastwirte entgegentritt?

908 906

Im Jahre 1920, als eben der erste Reichstag der Deutschen Republik gewählt war und die Wogen der großen Politik hochgingen, schenkte ein großer Teil der Berliner Bevölkerung den ersten Stadtverordnetenwahlen der Einheitsgemeinde wenig Beachtung. Die große Zahl, die hier oben steht, ist die Summe derer, die im Jahre 1920 ihre Wahlpflicht versäumt haben: **908 906 Nichtwähler!**

Die Deutsche Volkspartei, die Partei des Besitzes, hat die Stadtverordnetenversammlung mit ihrer sozialistischen Mehrheit unter der willfährigen Assistenz des Oberverwaltungsgerichts zur Strecke gebracht. Nun spekuliert das gesamte Bürgertum auf die 908 906 Nichtwähler, mit deren Hilfe es im Roten Hause die Mehrheit zu erlangen hofft.

Diesen Plan gilt es zu vereiteln. Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin muß auf dem Posten sein! Macht im Betriebe und beim Einkaufen die dem politischen Leben noch Fernstehenden darauf aufmerksam, wie eng und unlösbar ihr eigenes Schicksal mit dem der Gemeinde verknüpft ist. Zeigt an der Lebensmittelteuerung, wie die Parteien des Besitzes — von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen — nur für die Interessen des Bürgertums sorgen, klärt die Bevölkerung darüber auf, wer sich von den Steuerleistungen drückt und wie die bürgerlichen Parteien immer wieder die arbeitende Bevölkerung zu belasten suchen. Zeigt, daß das Bürgertum — von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen — die der Allgemeinheit gehörenden Betriebe an das Privatkapital ausliefern wollen, damit aus den Taschen der arbeitenden Bevölkerung an den lebensnotwendigsten Dingen große Profite herausgepreßt werden! — Zeigt all das den Indifferenten, den Gleichgültigen und sorgt so dafür, daß sich die Zahl der 908 906 Nichtwähler verringert zugunsten der

Unabhängigen Sozialdemokratie!

---

fessor Thiel hat das Rudolstädter Publikum nicht sehr hoch eingeschätzt, denn sein Hausmusikprogramm fiel von Hasler in jene süßsentimentale „Jugendzeit" in der „die Schwalbe sang"..... Schwacher oder starker Kitsch von Winter und Weber sorgten für weitere Niederungen. Es fehlte nur noch jene Hausmusik, die da sang: „Behüt dich Gott". Mir war es sökkingerisch zu Mute.

Das merkwürdigste von dem Fest war eine Unterredung mit mehreren Rudolstädter Chormitgliedern und Konzertbesuchern. Ich gewann den Eindruck, diese Menschen sind der Meinung, nur Ausübende sind Künstler, denen gegenwärtige Existenz gestattet ist. Der Schaffende, das Neue hat ihnen kein Lebensanrecht. Zu solchen toten Resultaten kommt die einseitig historische Kunsteinstellung, an der selbst großstädtische Konservatorien ihren Anteil haben. Man erzieht auf solcher Art Lebensfeinde. Menschen, die vom Bettel an zu Staub gewordenen Fürsten leben. Man feiert die künstlerische Einsicht, Niveau und Leistung der 17. und 18. Jahrhunderte, jene Feudalherrschaft, die ihren Musicis Anregung, Wirkungsfeld und Brot gaben. Und heute sitzt man historische Musikfeste ab und quittiert für die genossenen Gaben den Vermittler, schreckt vor dem Gedanken, neuer Musik doch zumindest gütiges Gehör zu schenken, mit abwehrender Geste zurück.

Man spricht vom Fortschritt der Zeiten, nun, der Schaffende hat seinen Aristokraten-Brotherren durch die französische Revolution verloren. Hat er im Erben der Feudalherrschaft, im Bürger werktätige Hilfe, unmittelbare Hilfe? Und erst in der letzten Umorientierung durch den Proletarier? — Welcher Idealismus zum „und dennoch" des Schaffenden gehört, ahnt nicht das schlafende Rudolstadt, aber auch kaum die sensationsgierige Großstadt. — Da saß ich nun und habe den alten Förster mit seinen 300 Orchestersuiten, die er schreiben und umständslos aufführen durfte, ordentlich beneidet. Tempi passati. — Vergangene Zeiten!

Gefängnisbüchereien. Es ist eine von der freien Volksbildung bisher arg vernachlässigte Aufgabe, sich um Einrichtung und Zustand der Gefängnisbüchereien zu kümmern. Zwar ist öfter davon geredet und geschrieben worden, aber es hat sich noch keine Stelle gefunden, die diese Aufgabe organisatorisch umfassend aufgenommen hätte. Das ist namentlich heute, wo der „Reiniger" Krieg in allen Schichten des Volkes den Bodensatz aufgewühlt hat, wo die Zellen fast nicht ausreichen, um die schuldigen und unschuldigen Untersuchungsgefangenen unterzubringen, oft für lange Monate der Ungewißheit, höchst bedauerlich. Und noch mehr, wenn man daran denkt, daß die vergangene „väterliche" Aera darauf eingestellt war, die Gefangenen u. a. auch durch eine derartig einseitig gerichtete Literatur zu bessern, so daß dort, wo Bücher überhaupt in ausreichender Zahl vorhanden waren, sich diese Schmöker in der Regel von der salbadernden Traktätchenliteratur nicht sehr unterschieden. Die Anstaltsgeistlichen haben es da an vielem fehlen lassen. Heute besteht wohl kaum eine Möglichkeit, daß die Gefängnisse von sich aus ihre Büchereien auf eine volksbildnerisch zu rechtfertigende Höhe bringen. Schon wenden sich die Gefängnisse mit Bitten und Zeitungsnotizen an die Oeffentlichkeit, wie kürzlich das Zellengefängnis Moabit-Berlin, das gütige Spender um Bücher und Zeitschriften jeglichen Inhalts ersuchte. Jeglichen Inhalts! Da könnte leicht die ausgesuchteste Schundsammlung zustandekommen.

Es ist dringende Pflicht der Volksbildungsorganisationen, einmal überhaupt für die Einrichtung solcher Büchereien zu sorgen und andererseits auf eine zweckentsprechende, nicht von engen, oft bildungsfeindlichen Tendenzen diktierte Bücherauswahl ihren Einfluß auszuüben. Der Schmöker, den ein Gefangener nach den ersten Zeilen in die Ecke wirft, tut mehr Schaden als überhaupt keiner. Bei der Strafrechtsreform dürfte auch dieses Gebiet der Sorge für soziale Gesundung nicht vergessen werden.

Hier böte sich eine organisatorische Aufgabe für den Ausschuß der deutschen Volksbildungsvereinigungen. Mindestens sollte er seine Mitglieder dazu anregen, Hilfe zu schaffen. Bei den früheren Kriegsgefangenen kann man sich erkundigen, was ihnen gute Bücher wert waren. H. Z.

Die stärkste Stromleitung der Welt. Ein Rekord ist von den Ingenieuren der Elektrizitätsgesellschaft in Pittsfield, Massachusetts, aufgestellt worden, indem sie einen elektrischen Strom von einer Million Volt übermittelten. Durch diese Leistung, die als Höhepunkt einer mehr als 30jährigen Versuchsarbeit geschildert wird, wird es möglich sein, elektrische Kraft über eine Entfernung von 1000 englischen Meilen hin zu leiten. Die Uebermittlung eines solchen Stromes von einer Million Volt soll eine große praktische Bedeutung haben; doch wird man Ströme von einer so ungeheuren Kraft sehr hoch über dem Erdboden hinführen müssen, um Unglücksfälle zu verhindern, denn eine Person, die näher als 15 Fuß in den Bereich des Stromes kommt, wird der Gefahr einer Tötung ausgesetzt.

Tages-Notizen

Erstaufführungen. Neues Volksth.: 11. Die Wildente. — Schiller-Th.: 13. Meine Frau, die Hofschauspielerin. — Neues Th. am Zoo: 14. Das Ewig-Männliche. — Th. in der Königgrätzer Straße: 15. Manon Lescaut.

Museumsführungen. Genosse Behne beginnt am 10. eine Führung durch das Kaiser-Friedrich-Museum (italienische Malerei), Montags 10½ bis 12 Uhr, und am 13. eine Reihe von Lichtbildervorträgen „Die Kunst gestern, heute und morgen", Donnerstags 8½—10 Uhr, Georgenstraße 30-31.

Das Arbeitsfeld der Volkshochschule Groß-Berlin. Die Geschäftsstelle der Volkshochschule Groß-Berlin schreibt uns: Angeregt durch den bevorstehenden Beginn der Herbst-Arbeitsperiode unseres Institutes gehen uns überaus zahlreiche Anfragen zu, die einzeln zu beantworten uns leider nicht möglich ist. Wir bitten daher, auf diesem Wege darauf hinweisen zu dürfen, daß das Arbeitsfeld der Volkshochschule Groß-Berlin alle Gebiete der Wissenschaft, Technik, Kunst, Musik und Literatur umfaßt. Alles Nähere geht aus den überall erhältlichen Flugblättern und Arbeitsplänen hervor.

Naturwissenschaftliche Vorträge. Johannes Schlaf am 12., Künstlerhaus, 7½ Uhr: „Die Erde — nicht die Sonne". — Al. Moszkowski über die Relativitätstheorie am 15. im Konzertsaal der Hochschule für Musik, Fasanenstraße, 8 Uhr. — Die Verfasser des Werkes „Die Silikate", die Chemiker Dr. W. Asch und Dr. D. Asch, kündigen eine Reihe populärwissenschaftlicher Vorträge mit Lichtbildern über den naturwissenschaftlichen Wert der Hexit-Pentit-Theorie an.

Einem dringenden Bedürfnis folgend, erhält Berlin in nächster Zeit ein neues Operettentheater, „Neues Operettenhaus Schöneberg", Hauptstraße 144, neben dem alten Rathaus.

Frachtermäßigung für Kartoffeln

Nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion Berlin wird, noch rechtzeitig für den diesjährigen Kartoffelversand, von der Eisenbahnverwaltung, die sich im letzten Jahre vorwiegend mit der Erhöhung der Gütertarife beschäftigt hat, eine Frachtermäßigung für Kartoffeln eingeführt, die nicht unbeträchtlich ist. Die Ermäßigung wird rund 35 Prozent betragen. Bei den jetzt geltenden Frachtsätzen würden 100 Kilogramm 13,70 M. kosten, nach der, übrigens von sofort ab geltenden Ermäßigung für den Stückgutversand von Kartoffeln wird die Fracht für 100 Kilogramm über eine Entfernung von 100 Kilometer nur 8,90 M. betragen. Ist die Vergünstigung auch zunächst noch auf den Stückgutversand beschränkt, so wird sie doch gerade dem einzelnen, der seinen Bedarf durch Bezug vom Erzeuger direkt deckt, die Versorgung mit einem Wintervorrat an Kartoffeln erheblich erleichtern. Besonders sei noch darauf hingewiesen, daß die soeben eingeführte Frachtermäßigung durch die zum 1. November d. Js. in Aussicht genommene Erhöhung der Frachten um 30 Prozent nicht berührt wird. Wenn auch aus tariftechnischen Gründen die Grundlage des Tarifs etwas verändert werden muß, so sollen doch die Frachtsätze im wesentlichen unvermindert bleiben.

Verwaltungsbezirk Friedrichshain. In der letzten Sitzung der Bezirksversammlung versuchten die bürgerlichen Parteien von Anfang an Wahlmache in der Versammlung zu treiben. Bei der Aussprache über die Einrichtung des städtischen Beerdigungswesens, das als Filiale von Lichtenberg eingerichtet werden soll, wehrten sich die Bürgerlichen mit Händen und Füßen dagegen. Hier zeigten diese Parteien wieder einmal recht deutlich ihr nacktes Profitinteresse. Was fragen sie danach, ob in einer so ernsten Sache wie ein Todesfall es darstellt, den Hinterbliebenen durch den Beerdigungswucher der letzte Groschen aus der Tasche geholt wird! Ihr Redner brachte auch nicht einen stichhaltigen Grund vor. Trotzdem seine Behauptungen über die Beerdigungsinstitute in Neukölln und Frankfurt a. M. schon in der Ausschußsitzung vom Gen. Stadtrat Stimming-Lichtenberg widerlegt worden waren, scheute er sich nicht, diese Märchen von neuem vorzubringen. Für einen bedeutend billigeren Preis wird in Zukunft die Bevölkerung unseres Bezirkes Friedrichshain die Beerdigung eines Verstorbenen durch das städtische Beerdigungswesen einrichten können. Zu einer besonders lebhaften Aussprache kam es noch am Schluß der Versammlung. Der Neuner-Ausschuß, für die Vorbereitung zur Wahl der ehrenamtlich tätigen Mitglieder des Verwaltungsbezirkes hatte in seiner letzten Sitzung unter anderem zwei Vertrauensmänner für die Ausschüsse zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen zu wählen. Gegen diese Wahl legten die bürgerlichen Parteien Protest ein, diese Wahlen seien angeblich nicht ordnungsmäßig vorgenommen worden. Die Bezirksversammlung wählte natürlich trotz des Protestes der Bürgerlichen die Vorgeschlagenen: Stadtrat G. Müller (U.S.P.D.) und Bezirksverordneten Pohling (S.P.D.) Eine Anfrage der Bezirksversammlung an das Bezirksamt betr. Beschaffung von Räumen für die Kriegsfürsorge führte ebenfalls zu stürmischen Szenen. Mitglieder des Bezirksamtes haben versucht, auf dem Zentralviehhof Räume für diesen Zweck zu bekommen, es waren ihnen auch solche bereits von der Direktion und Betriebsrat versprochen worden. Durch die Deputation für Ernährung zerschlug sich jedoch die Angelegenheit wieder. Stadtrat Rosin brandmarkte dieses Vorgehen besonders darum, weil der Vertreter der Bürgerlichen in dieser Deputation zugleich Mitglied unserer Bezirksversammlung ist und so die Arbeit des eigenen Bezirks in Berlin sabotieren hilft!

Neukölln. Der städtische Kinderhort, Friedelstraße 58, befindet sich vom 15. Oktober 1921 ab in den Räumen der Gemeindeschule Kaiser-Friedrich-Straße 4.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend am Sonntag. Ziemlich mild und zeitweise weiter aufklärend, jedoch überwiegend bewölkt, mit etwas Regen und mäßigen westlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Renegaten

Zum Streik im Gastwirtsgewerbe

Wir berichteten bereits im gestrigen Morgenblatt über das infame Verhalten des ehemaligen langjährigen Führers des Gastwirtsgehilfenverbandes, von Skebsgardt, der nun die Interessen der Arbeitgeber vertritt. Das Portrait dieses Mannes wird noch verschönt durch Mitteilungen, die wir in Form eines offenen Briefes an die Arbeitgeber im Gastwirtsgewerbe erhalten. Darin heißt es u. a.: „Ihr Hauptmatador, Herr Emil Hegewald, war bis 1916 Führer der Hyperradikalen in unserem Verband der Gastwirtsgehilfen. Wie oft und wie eindrucksvoll hat er den **rücksichtslosen Terror gegen Sie gepredigt,** gerade Hegewald, dem Sie heute so großes Vertrauen entgegenbringen, war unser Lehrer im Terror gegen Sie. **Er ermahnte uns, alle Widerstände der Arbeitgeber durch Gewalt oder List zu brechen.** Nur äußerster Radikalismus führe zum Ziele! So sieht Ihr Hauptführer aus, meine Herren! Wenn Sie heute über Terror klagen, bedanken Sie sich bei Ihrem Mitglied Hegewald dafür. Eine noch duftigere Giftblüte ist Ihr Generalsekretär Herr v. Skebsgardt unseligen Angedenkens. Dieser „Sozialist“ war unser Führer im Revolutionsstreik und konnte sich vor Radikalismus kaum bändigen. Er setzte Ihnen, meine Herren Arbeitgeber, oft genug die Pistole auf die Brust. Von uns wurde er nur zu bald durchschaut, wurde gestürzt, und siehe da, von Ihnen mit Emphase aufgenommen. Zu diesem und anderen ähnlichen Renegaten gratulieren wir Ihnen und Sie können ihm dankbar sein, ist er Ihnen doch Zutreiber der gelben Streikbrecher aus der Linienstraße; daß aber so ein Mensch überhaupt als würdig in Ihren Reihen steht, spricht Bände!“ Sehr richtig! Wir haben dieser Charakterisierung nichts hinzuzufügen.

Zum Hausgehilfengesetz

In einer vom Zentralverband der Hausangestellten einberufenen öffentlichen Versammlung am Donnerstag nahmen die Hausangestellten Stellung zu dem Regierungsentwurf. Die Referentin, Frau Luise Kähler, schilderte in ausführlicher Weise die Schäden des Entwurfes für die Hausangestellten, so die Abschaffung des Achtstundentages und die Sanktionierung der Kinderarbeit. Auch Arbeitsbereitschaft und Steckbriefe sind Dinge, die auf jeden Fall abgelehnt werden müssen. Die Bestimmungen über Schlichtung von Streitigkeiten entsprechen in keiner Weise den berechtigten Forderungen der Hausangestellten. Ganz besonders die Bestimmungen über Gewährung von Ferien sind es, die zum schärfsten Protest herausfordern. Soll doch hier sogar das Reichsgesetz durch die Bestimmungen der Einzelstaaten außer Kraft gesetzt, also ein Zustand geschaffen werden, wie er vor der Revolution in Deutschland zu verzeichnen war.

Alle diese Gefahren können nur beseitigt werden, wenn sich sämtliche in den Haushaltungen Tätige der Organisation, dem Zentralverband der Hausangestellten, anschließen.

In der Diskussion wurden die Ausführungen der Referentin von allen Rednern unterstrichen. Auch auf die bevorstehende Stadtverordnetenwahl wurde hingewiesen und die Hausangestellten aufgefordert, sich an derselben unter allen Umständen zu beteiligen. Gegenüber den Versuchen der „Herrschaften“ zur Stimmabgabe für reaktionäre Parteien, haben die Hausangestellten die Pflicht, **nur einer sozialistischen Partei ihre Stimme zu geben.** Dadurch haben auch die Hausangestellten die beste Gewähr, daß ihre Interessen, wenn nötig, vertreten werden. Wir möchten auch hier wieder an die organisierte Arbeiterschaft die dringende Mahnung richten, ihre Töchter, soweit sie als Hausangestellte in Betracht kommen, auf den Besuch derartiger Versammlungen stets hinzuweisen und in die Organisation einzuführen.

Beendete Lohnbewegung in der Schallplatten-Industrie

Die Musik-Schallplatten-Arbeiter Groß-Berlins, eine Gruppe des Verbandes der Fabrikarbeiter, nahmen in ihrer Gruppen-Versammlung Stellung zu dem Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgebern, über das der zweite Bevollmächtigte Rücker berichtete. Danach bewegen sich die Zulagen für Männer über 21 Jahre von 1 M. bis 1,35 M., für Frauen über 18 Jahre von 0,80 M. bis 1 M. pro Stunde. Mehrere Redner kritisierten das geringe Zugeständnis der Arbeitgeber und bemängelten, daß die neuen Vereinbarungen bis zum 15. Dezember 1921 Geltung haben sollen. Sie sprachen die Erwartung aus, daß die Arbeitgeber, wenn es die wirtschaftlichen Verhältnisse erfordern, **auch schon vor Ablauf der Vereinbarung in neue Lohnerhöhungen willigen.** — Unter dieser Voraussetzung wurde dem Abkommen zugestimmt.

Klempner. Die im Tarifvertrag für das Klempnergewerbe Groß-Berlins angegebenen Stundenlöhne erhöhen sich ab 10. September 1921 um 1,10 M. pro Stunde, so daß der Mindestlohn 7,80 M. beträgt.

Der Mindestlohnsatz für Junggesellen beträgt nach beendeter Lehrzeit im ersten Jahre 6,45 M. und im zweiten Jahre 6,85 M. Bei auswärtigen Arbeiten ist die Landzulage um 3 M. erhöht. In den Betrieben, wo die Arbeitgeber Schwierigkeiten bei der Durchführung der jetzt geltenden Lohnsätze und des Tarifvertrages machen, müssen die Kollegen schnellstens der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Linienstr. 83-85, Kenntnis geben.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Parteiveranstaltungen

Sonntag, 9. Oktober

3. Verwaltungsbezirk. Vormittags 10 Uhr Zusammenkunft der Distriktsleiter und -kassierer bei Schurzmann, Stettiner Straße 11.

19. Verwaltungsbezirk. Nachmittags 3 Uhr Wählerversammlung bei Staab in Blankenfelde.

8. Distrikt. Morgens 9 Uhr Treffpunkt sämtlicher Genossen bei Klinge, Sellerstraße 14. Erscheinen aller notwendig.

Montag, 10. Oktober

15. Verwaltungsbezirk, Abteilung Niederschöneweide. 8 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Blitz, Britzer Straße 17.

Mittwoch, 12. Oktober

15. Verwaltungsbezirk, Abteilung Niederschöneweide. Abends ½8 Uhr gemeinschaftlicher Zahlabend bei Blitz, Britzer Straße 17.

Vereinskalender

Dienstag, 11. Oktober

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Kutscher, Speditionsarbeiter usw. Abends 7 Uhr bei Becker, Weberstr. 17, Vollversammlung. Tagesordnung: Organisations- und Branchenangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.

Deutscher Werkmeister-Verband. Fachgruppe Graph. Berufe. Abends 8 Uhr im Restaurant Schultheiß, Brückenstraße 6b, außerordentliche Fachgruppenversammlung. Tagesordnung: Die Antworten der Arbeitgeberverbände. Restloses Erscheinen der Kollegen notwendig.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: B. Rudner, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kometiner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Gold-, Silber-, Platin-Bruch kauft Silber-Zentrale Gotzkowsky-Straße 13

Möbel jeder Art bei kleiner Anzahlung und bequem. Abzahlung Möbelhaus Andreasstr. 28 Nur 1 Treppe Strengste Diskretion!

Charlottenburg
!! ACHTUNG !!
Die Freiheitspedition wird am Montag, d. 10. Oktober, von Wallstr. 90 nach Wallstraße 4, im Laden, verlegt

Botenfrauen sofort gesucht

Spedition W. Senne
O. 17, Laskerstraße 2
Spedition Kolbe
NO. 18, Weberstraße 25
Spedition Wutzki
Choriner Straße 68
Spedition Döring
Steinmetzstraße 23
Spedition Werner
Greifswalder Straße 29
für folgende Touren:
Winsstr. u. Heinersdorfer Str., Kugler- und Mandel- und Greifswalder Straße.

Kleine Anzeigen

Annahme in allen Speditionen des Verlages — Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Das Ueberschriftswort 2.— M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto. Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1,50 M., jedes weitere Wort im Text 1.— M.

Verkäufe

Kreuzfüchse! 180.—. Fadelfüchse! Blaufüchse! Silberfüchse! Seltene Gelegenheiten! Sensations-Sommerpreise! Anzüge! Hosen! Uhren! Goldwaren! Spottpreise! (Keine Verfallware.) Fahrvergütung! Pfandleihhaus Schönhauser Allee 115 (Ringbahnhof-Hochbahnhof).

Sibirischer Kreuzfuchs, selten schön, 275, außerdem prachtvoller Silberfuchs u. Blaufuchs billig verkäuflich. Goldmann, Alexandrinenstraße 44, II, Ecke Kommandantenstr.

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Halleiches Tor) verkauft spottbillig Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, Hosen, Kreuzfüchse, Silberfüchse, Alaskafüchse. Keine Lombardware.

Restehaus Pelz, Kottbuser Straße 6. Kammgarne, Gabardins, Tuche, Seiden, Futterstoffe, Stoffe für Herren- und Knabenanzüge, fertige Mäntel, Kostüme, Röcke sehr preiswert.

Halbumsonst! Kreuzfüchse 90.— an, Rotfüchse 70.—, Fadelfüchse, Alaskafüchse, sämtliche Pelzwaren zu Schleuderpreisen. Pelzvertrieb Kottbuser Damm 2, neben Zandorf.

Neuheit. Gummikrawatten, abwaschbar, unverwüstlich. Dauerwäscheborn. Reichenberger Straße 7.

Graufuchs 500.—, selten schönes Exemplar, außerdem sibirischer Kreuzfuchs 650.—, Tiptop, Turmstr. 38.

Teppiche, wenig gebraucht, verkauft billig Stein, Anklamer Straße 20.

Gelegenheitskäufe. Gute und billige Bücher jeder Art findet man stets in der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9.

Möbel

Billige Möbel, Einzelmöbel, Schlafzimmer, Herren-, Wohn-, Speisezimmer in guter Ausführung. Stets Gelegenheitsposten durch Großeinkauf. Günstiges Zahlungsziel. Möbel-Frese, Weinbergsweg 1. Firma beachten. Lesern dieser Zeitung 5 %, Rabatt. Inserat mitbringen.

Küchen, moderne, mit u. ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, jetzt von 350 M. ab. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Chaiselongues 100.—, Chaiselonguedecke 75.—, Metallbetten 160.—, Kinderbettstell. Meicke, Auguststraße 32a, Lagb.

Teilzahlung. Einzelne Möbel, ganze Einrichtungen, farbige Küchen in seltener Auswahl, bequeme Zahlweise bei kleinster An- und Abzahlung, verkauft Möbel-Lohn, Große Frankfurter Str. 58 (5 Minuten vom Alexanderplatz), im Norden: Badstraße 47-48.

Nebfeld, Badstraße 34. Moderne Küchen, Ia Lackfarbe herrliche Verglasung, 495.—. Schlafzimmer Eiche, weiß und Nußbaum imit., 2950 Mark. Stube und Küche, 14 Teile, 2220 M. Seltene Gelegenheitskäufe, auch gebraucht. Versand nach außerhalb. Hausnummer achten.

Möbelkredit, bequemste An- und Abzahlung, große Auswahl, komplette Zimmer, einzelne Möbel, moderne Küchen. Roth, Elsasser Straße 44, I, Oranienburger Tor.

Kaufgesuche

Leim, Schellack, Malerartikel kauft Krüger, Elisabethstraße 17.

Kaufe Leim, Schellack, Malerartikel, Winkler, Oranienburger Str. 12, rechter Seitenflügel, parterre.

Kleiderspinden, Stubenmöbel, kleine Wirtschaften kauft Zahn, Wrangelstr. 115, I.

Weißbierflaschen und Porterflaschen kauft Kieng, Weißenburgerstr. 35.

Nähmaschinen kauft Herrwald, Chorinerstr. 14.

Hilferding, „Das Finanzkapital“. Broschiert oder gebunden kauft Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Fahrräder

Fahrradankauf Freilauf über höchstzahlend. Brückner, Gitschinerstr. 78.

Werkzeuge und Maschinen

Kugellager, dringend gesucht, hochzahlend. Pilz, Reinickendorfer Straße 93, Hof part. links. Moabit Nr. 3020.

Verschiedenes

Erfinder, Patentbureau Pachscher, Gertraudtenstr. 15. Zentrum 7600.

Elternbeiräte! Richtlinien für eure Tätigkeit findet ihr in der Schrift von Dr. Kurt Kerlöw-Löwenstein, „Der Elternbeirat“ (2,50 Mk.) Buchhandlung „Freiheit“, Breite Str. 8-9.